

Cüberer Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der „Cüberer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementssatz, einschließlich der Unterhaltungsbeiträge „Die Neue Welt“, vierjährlich 2.00 M., monatlich 70 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telegraphen-Nr. 621

Die Einzelpreise betragen für die leichtgepaktete Partie oder das Kaus. 20 Pf. — Versammlungs-, Arbeits- und Wohungsangelegen 10 Pf. — auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größeres früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 40.

Donnerstag, den 17. Februar 1916.

23. Jahrg.

Neue Wege auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung.

Die nur zu berechtigten Klagen der Bevölkerung über die mangelhafte Fleischversorgung haben die maßgebenden Regierungstellen veranlaßt, zur Regelung der Fleischversorgung einen großzügigen Plan auszuarbeiten, von dem gehofft wird, daß er auf diesem Gebiete eine Besserung schaffen wird: es ist die Syndizierung des Viehhandels, die mit dem 15. Februar ds. J. in Preußen ins Leben getreten ist.

Über diese Neuregelung der Fleischversorgung hielt am Montagabend im Reichstagsgebäude vor Vertretern der Berliner Presse Regierungs- und Landesökonomierat Burckhardt einen instruktiven Vortrag. Redner ging zunächst auf die bekannten Ursachen dieser Maßnahme, von welchen aus die hauptsächlichste die ungeheure Steigerung der Viehpreise genannt werden muß, ein. Dann zeigte Redner ausführlich auseinander, weshalb von der Einführung weiterer Höchstpreise für Vieh, außer Schweinen, Abstand genommen worden ist. Indem die Reichsregierung Höchstpreise für Schweine für die Gebiete eingeführt hat, in welchen sich Schlachthöfe befinden, nahm sie an, daß sich die Preise von hier aus von selbst weiterregeln würden; die Folge aber war, daß die Schweine auf dem Lande aufgezogen und den Wurst- und Konserverfabriken angeführt wurden, die höhere Preise zahlen konnten. Dies führte zu der Verordnung vom 31. Januar über die Produktions-Einschränkung der Wurst- und Konserverfabriken und außerdem zu den neu festgesetzten Höchstpreisen für Schweine ab Stall. Da aber bei der Regelung der Preise für Rindvieh die Schwierigkeiten in noch höherem Maße vorhanden sind, als bei Schweinen, kam die Regierung zu der Überzeugung, daß diese schwierige Frage nicht durch Höchstpreise, sondern durch einschlägige Interesserverbände unter staatlicher Kontrolle am besten gelöst werden könnte.

Eine Neuordnung ist nun am 15. Februar in Kraft getreten. Die Grundlage für sie findet sich in den Verordnungen vom 25. September und vom 4. November 1915. Danach wurden in den einzelnen preußischen Provinzen Zwangsindustrie gegründet, die den gesamten Viehhandel umfassen. Diese Regelung hat den Vorteil, daß sie die Möglichkeit bietet, den gesamten Viehbestand bewirtschaften zu können, ohne Auschaltung des legitimierten Viehhandels. — Die Verbände bestehen einmal aus Zwangsmitgliedern: das sind die Viehhändler und die Viehhandel treibenden Genossenschaften innerhalb eines Verbandsbezirkes (Provinz), die ihr Gewerbe schon vor dem 1. Juli 1914 ausgeübt haben, ferner die Schlachter, welche direkt vom Landwirt ihr Schlachthaus kaufen. Entsprechend den Wünschen in der Provinz sind alle Elemente vom Handel ausgeschlossen worden, die vor Ausbruch des Krieges alles andere, nur nicht Viehhandel betrieben haben, und durch die die Preise in besonderem Maße in die Höhe getrieben worden sind. Um aber etwaige Ungerechtigkeiten auszugleichen, können in besonderen Fällen auch Händler als freiwillige Mitglieder aufgenommen werden, die erst nach dem 1. Juli 1914 ihren Betrieb aufnahmen.

Aufgabe der Verbände ist, den An- und Verkauf von Schlachtwieh vom Landwirt oder Mäster, sowie den Kommissionshandel zu regeln. Der Anlauf von Vieh durch Landwirte für die eigene Wirtschaft soll nicht unter die Beschränkungen. Um aber etwaigen Schwindelmaßnahmen vorzubeugen, umfaßt die Wirtschaftlichkeit des Händlers allen Handel mit Schlacht-, Nutz- und Zugvieh. Nur Verbandsmitglieder mit Ausweiskarten dürfen seit 15. Februar in einem Verbandsbezirk Vieh kaufen oder weiterverkaufen oder Kommissionshandel treiben. Soweit die Verbände noch nicht entsprechend eingerichtet sind, können vorläufig die Ortspolizeibehörden Ausweiskarten ausstellen.

Über jeden An- und Verkauf von Vieh ist dem Verband Anzeige zu erstatten; diese bildet die weitere Grundlage der Maßnahmen, die vom Verband getroffen werden sollen. Außerdem hat jedes Mitglied über An- und Verkauf von Vieh Buch zu führen. In den Interessentenversammlungen, die in der letzten Zeit von den Oberpräsidenten einberufen worden sind, ist diese Buchführung stark kritisiert worden, da für der Handel nicht gern in die Karten sehen lassen will. Aber eine solche Kriegsmasnahme ist notwendig, um eine Preisregulierung herzuführen zu können; man muß einen Einblick in den Handel haben.

Jeder Verband wird nach außen durch seinen Vorstand vertreten. Der Vorsitzende und dessen Stellvertreter sind Staatsbeamte und infolgedessen zur absoluten Neutralität verpflichtet. Die eine Hälfte der vier Vorstandsmitglieder wird dem Handelsstand entnommen und von der Handelskammer in Vorschlag gebracht; die andere Hälfte entstammt im Hinblick darauf, daß es sich beim Viehhandel um ein Projekt der Landwirtschaft handelt, der Landwirtschaft, namentlich aus der Landwirtschaftskammer. Die Vorstandsmitglieder bedürfen der Genehmigung des Oberpräsidenten. Der Vorstand zur Seite steht ein Beirat, bestehend aus 12 Mitgliedern. Von diesen werden sechs von der Mitgliederversammlung gewählt; drei werden der Landwirtschaft und Vorschlag der Landwirtschaftskammer entnommen, und zwei sind Vertreter der größten Städte. Durch legierte Be-

tretung soll die Möglichkeit gegeben sein, die Konsumenten zu Wort kommen zu lassen. Der Mitgliederversammlung ist jährlich ein Geschäftsbericht und eine Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben vorzulegen. Die Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig; ihnen werden nur die baren Auslagen ersetzt.

Zur Deckung der Kosten des nicht unbedeutenden Büros eines Verbandes sollen von den Händlern nach deren Gewerbesteuersklassen einmalige Gehühren erhoben werden, die sich in der Höhe von 10—150 Mark bewegen. Außerdem ist bei jedem Ankauf von Vieh eine Abgabe in Höhe bis 1% der Kaufsumme zu zahlen. Es wird angenommen, daß die Verbände vielfach schon mit Einzhundert Prozent auskommen können. Die Erhebung von Gehühren erscheint notwendig, da hierdurch die Kontrolle erleichtert wird und außerdem die Verbände ein höheres Interesse an der Beschaffung des Materials zu dieser Kontrolle gewinnen. Den Verbänden ist nahegelegt worden, bei ihrer Tätigkeit den örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Die Aufgabe der Verbände ist weiter die Reinigung des Handels von Elementen, die nicht in ihn hineingehören. Dabei soll ein Verband sich nicht als Staat im Staat führen und sich nicht funktional abschließen. Es sollen in den einzelnen Bezirken auch Händler aus anderen Bezirken zugelassen sein, sofern diese Personen zum legitimierten Handel gehören. Hauptaufgabe der Verbände aber ist die Einwirkung auf die Viehpreise. Hierzu gehören aber erst die nötigen Unterlagen.

Auf Grund dieser Organisation hofft man, eine gute Regelung der Fleischversorgung herbeizuführen zu können. Ob und welche weiteren Eingriffe zur Erreichung dieses Ziels noch erforderlich sind, hängt naturngemäß von den Zeitverhältnissen ab.

Selbstverständlich soll der Handel nun nicht selbstständig marschieren. Ein Zentralverband der Viehhändlerverbände mit dem Sitz in Berlin wird die einheitlichen Direktiven geben, die Tätigkeit der Verbände regeln und überwachen und insbesondere bei der Preisbestimmung ausgleichend wirken. Dieser Zentralverband ist in gleicher Weise wie die Einzelverbände organisiert. Er hat einen Vorstand von fünf Mitgliedern, in dessen Sitzungen sich sämtliche Verbände vertreten lassen können. Auch hat der Zentralverband einen Beirat von zwölf Mitgliedern (vier aus der Landwirtschaft, vier aus dem Handels- und Fleischgewerbe und vier Vertreter der Städte), und endlich eine Mitgliederversammlung. Dieser Zentralverband steht unter unmittelbarer Einwirkung der Landeszentralbehörde.

Die Organisation ist zwar nur für Preußen geschaffen, doch werden sich die anderen Bundesstaaten einer solchen Einrichtung kaum entziehen können. Den kleineren Staaten ist die Möglichkeit gegeben, sich unmittelbar an die preußische Einrichtung anzuschließen. Mit den anderen Staaten, die sich nicht anschließen wollen, sondern eine ähnliche Einrichtung selbst schaffen, ist eine engere Verbindung möglich.

Die Staatsregierung hofft, daß die neue Organisation in Ruhe durchgeführt werden kann und zum Wohl des Volkes tätig sein wird. Und wenn der Handel selbst erst die Überzeugung gewonnen haben wird, daß er durch diese Organisation keinen Schaden erleidet und daß er zur tätigen Mithilfe auf diesem Gebiete berufen und verpflichtet ist, dann werde vornehmlich die Fleischversorgung nicht nur keine Störung mehr erleiden, sondern in wünschenswerter Weise vor sich gehen können.

Dem Vortrage folgte eine längere Bepreisung, die dann einen Regierungsvertreter veranlaßte, noch einige Ausführungen zu machen. Dieser hofft hervor, daß die Neuordnung nicht nur die Regelung des augenblicklichen Bedarfs bezweckt, sondern auch vor der Regierung steht. Sie sei nur ein Glied in der Kette weiterer wirtschaftlicher Maßnahmen, wie u. a. die Einwirkung auf die Viehzucht und auf die Futterversorgung. Wenn aber auf der einen Seite der Viehhandel durch Sondiate organisiert ist, müsse auf der anderen Seite eine Konsumentenorganisation vorhanden

sein. Deshalb müssen die großen Gemeinden und Kommunalverbände ernstlich daran denken, daß sie ihre Schlachter vereinigen, um das mit Hilfe der Handelsindustrie herangebrachte Schlachtwieh zweckmäßig zu verteilen und zu verwerten. Die Stadt muss sich in Friedenszeiten, in dieser Weise vorbereiten. Ohne Mitwirkung der Gemeinden würde die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch nur unvollkommen und einzig sein. Unmöglich sei eine Vertretung der Städte in den Handelsvereinen gewesen. Um die Städte und Konsumenten hören zu können, würden in den Beiräten und im Zentralverband Vertreter zugelassen. Wenn aber die Städte ihre Fleischergewerbe zusammenschließen und unter ihre Leitung nehmen, dann würden die Städte als Vertreter der Konsumenten auch Einfluss auf die Fleischversorgung gewinnen. Die neue Organisation werde ihre Notwendigkeit besonders dann erweisen, wenn ein gewisser Viehmanng im Frühjahr natürlich zutage tritt. Mit den dann eintretenden Schwierigkeiten müsse man schon heute rechnen. Wenn aber die Vieh- und Fleischware in festen Händen liege, dann sei auch die Möglichkeit gegeben, die Verteilung in die Hand zu nehmen. Mit den Bundesstaaten sei in der Hauptsache eine Einigung erreicht worden. So wird Sachsen z. B. einen eigenen Handelsverband bilden, aber der Zentrale beitreten. Da Deutschland ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bildet, so lasse sich auch der Viehhandel nicht provinziell oder bundesstaatlich abgrenzen. Die neue Organisation werde daher auch die folgenden heutigen Schwierigkeiten wieder aufgehoben werden. Eine einheitliche Verteilung müsse natürlich vorhanden sein, damit nicht einzelne Bezirke eine besondere Preispolitik treiben.

Die preußische Staatsregierung und mit ihr wohl auch die Reichsregierung geht bei ihrer neuesten Verordnung von zwei Prinzipien aus; auf der einen Seite soll der dazugehörige Bevölkerung, soweit es sich um die Fleischversorgung handelt, geholfen werden, und auf der anderen Seite soll der legitimierte Handel keinen Schaden erleiden. Beide Prinzipien lassen sich aber in großem Maße nicht miteinander vereinigen. Denn der Handel strebt nach möglichst hohen Profiten, wobei der Idealismus zur Seite gedrängt wird. Der bekannte Ruflosigkeit des Kapitalismus ist es ja auch zuzuschreiben, daß fast alle Maßnahmen der Regierungstellen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung elend schiffbruch erlitten haben. So wird es auch dem neuesten großzügigen Plan der preußischen Regierung ergehen, wenn diese nicht vor weiteren energischen Maßnahmen zurücktreten und selbst den geheiligten Profit der Interessentenkreise in Frage stellt. Es wird wahrlich Zeit, daß auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung gründlich Ordnung geschaffen wird, denn das Volk hat lange genug gesagt. Dazu gehört aber nicht nur eine geordnete Beschaffung und Verteilung der Nahrungsmittel, sondern vor allem die Möglichkeit, diese zu einem günstigen Preis kaufen zu können.

Gegen die Syndizierung des Viehhandels wenden sich schon die Interessenten. Der Verband der Viehhändler Deutschlands sowie der Verein Berliner Viehhändler haben in einer Resolution erklärt, daß die geplante Syndizierung des Viehhandels das ungeeignete Mittel sei, die augenblicklich ungefundene, das Postwohl schädigende, überaus hohe Vieh- und Fleischpreise zu mildern, und sie für sich die Verantwortung hierfür zu lehnen. Die Verammlung war aber aus der Überzeugung, daß die Interessen jedes Betriebes zu vertreten müssen, wenn im nationalen Interesse Versuche zur Hebung von Viehständen gemacht werden. Nur aus diesem Grunde soll darüber gewirkt werden, daß alle Viehhändler die Bestrebungen der Regierung unterstützen, damit nicht der Kontakt gekappt werden kann, der deutsche Viehhandel habe in Deutschland schwerster Zeit verloren.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die wiederholten deutschen Angriffe an der Westfront haben in der französischen Presse teils eine Beurteilung, teils ein Rätselraten ausgelöst. Man weiß nicht recht, was die Deutschen jetzt planen. Der vom englischen Hauptquartier angestandene Geländeverlust im Sektor Aisne-Coues bekräftigt die Pariser Gaichter Oberst Berthaut und Oberst-Lieutenant Roussel in ihrer Aussöhnung, daß die für die Deutschen von solden Erfolg begleiteten Angriffswellen auch in der nächsten Zukunft mit gleicher Energie zur Anwendung kommen werden; doch lasse ich nicht genau erkennen, wo der Hauptangriff beschäftigt sei, die Deutschen haben keine Haig mühten dagegen wachsen sein, die Pariser Rätselrätsel kann da nicht eingesen. Der „Lemon“ verbürtet, daß die deutschen Angriffe mit verhältnismäßig kleinen Kräften ausgeführt worden seien und daß die Deutschen in der Hauptlage den Zweck verfolgen, den Gegner über ihre militärischen Absichten zu täuschen, wenn es sich aber wirklich um eine große Offensive handele, so lange diese nur gegen das Zentrum der französischen Front gerichtet sei. In der Hauptlage aber sollen die Artikel der Pariser Presse dienen, den französischen Soldaten Mut aufzutreten. In einer aus dem Kriegsministerium kommenden Note wird „Scho de Paris“ werden die französischen Truppen zu zähmender Verstärkung ermahnt, selbst wenn es den Deutschen gelingen sollte, da und dort in die französische Armee einzudringen, müssen sie jede Einbildung von Rückzug

und fahrlässig und ruhig bleiben. Der Schriftsteller Herzen spricht den Leuten an der Front Mut zu und erinnert sie daran, daß sie Republikaner und Sozialisten seien, die "die ganze Welt von der Tyrannie der Hohenzollern und Habsburger zu befreien". Von der Tyrannie des Zarismus hat Herzen natürlich niemals etwas gehört oder er hat sie vergessen.

Der Bierverband steht wieder am Vorabend einer neuen Entwicklung, die in der Romerei Brinds ihre Ursachen haben soll. Im "Petit Parisien" ist hierüber zu lesen: "Niemand vermöchte heute daran zu zweifeln, daß der Bierverband am Vorabend einer neuen Entwicklung stände. Zwei Konferenzen würden in Paris stattfinden, eine militärische und die andere politischer Art. Die erste werde aus den Oberfeldherren der Alliierten bestehen und die verfügbaren Truppenstärken und das Kriegsmaterial feststellen. Was besonders das Kriegsmaterial betreffe, so sei die Arbeit dank der Besuche Albert Thomas' in Rom beinahe beendet, sowohl hinsichtlich des Austausches von Rohstoffen und Arbeitskräften wie hinsichtlich der Erzeugung. Die Arbeit werde entsprechend den besonderen Hilfsquellen jedes Volkes verteilt. Dies seien die Grundlagen des Vereininkommens. Was die verfügbaren Mannschaften betreffe, müsse die militärische Konferenz in Paris abgewartet werden. Sobald die Konferenz beendet würde, würden die zur Konferenz geladenen Vertreter des Bierverbandes genau die Kräfte kennen, worauf sie zählen könnten, um über dies oder jenes Unternehmen zu entscheiden. Sobald für die Sicherheit auf allen Fronten gesorgt ist, werde die Konferenz einheitliche Pläne ausschaffen und den Austausch von Tropen- und Kriegsmaterial so viel als möglich erleichtern. Insbesondere durch zollpolitische und neutrale Abmachungen werde sie den Handel verhindern, daß ebenso wie der Krieg einen einzigen Feldzug darstelle, auch eine einzige Front, eine einzige Armee und ein einziger Bestand an Waffen und Munition brüchen möge. In Rom säße man gut, in Paris werde man glücklich ernten. Der Tag sei nicht fern, an dem Italien sich an Österreich und darüber hinaus an Deutschland rächt."

Für den Bierverband ist es nur unangenehm, daß niemand mehr diese Redensarten — weil sie zu häufig gefallen sind — auch dann nicht mehr einen neuen witschig etwas dahinter sieht.

Im englischen Unterhaus gab Isorith einen Überblick über die militärische und finanzielle Lage. Er sagte, die Alliierten hätten bei der jüngsten Tätigkeit an der Westfront mehr als das Dreifache gegeben. Der Minister bewarnte jedoch die Erfolge der Engländer und Franzosen in Rumänien. Mit Bezug auf Italien sagte er, die Lage hätte sich bedeutend gebessert und er hoffe, daß die beiden Stützpunkte nun vereinigt würden, was doch alles, was noch einen britischen Sieg herbeisehrt, abgesetzte werden würde. Das bemerkenswerte Ereignis der letzten drei Monate sei gewesen, daß die Siegerungen die Koalitionen, die Souveränität und die Gaben in der Haltung der Kontrolle unter den Alliierten in zunehmendem Maße eingeredet habe. Der Krieg sei der Alliierten in Italien sehr vorne und die Siegesliste nach den militärischen und strategischen Gesichtspunkten gering. Die Regierung berechnete eine Rückgang der gewissen Ressourcen des Feindes, um sich darüber klar zu werden, insbesondere die Flotte sei, in den kommenden Monaten ihr Bestreben an den Stützpunkten zu den gesammelten Städten gerichtet. Isorith sprach jedoch längere Zeit von den strategischen Verhältnissen und wieviel auf die Rolle des Feindes hin, welche auf einer so unvermeidlichen Fläche kommt, aber erzielte Wirkung keine. England habe, sagte er weiter, das Schicksal der italienischen Revolution bestimmt und die gegenwärtigen Friedensverhandlungen stehen nicht dagegen. Wenn die Germanen im Mittelmeer aber in den Dominions, die Briten, die in der Beschaffung strategischen Wertes über die von den Deutschen geschaffenen Stützpunkte.

Zum Schluß rief Isorith mit, daß der einzige Weg, die finanzielle Stärke zu steuern, in einer ausreichenden Zulassungserweiterung und in der Wiederaufstellung des militärischen Kreises liegt. Werbung würde etwas bringen, Stärke aber nicht größer als was sie heute sind.

Eines anderen als dieser Platz habe die Reaktion auf ausgeführtes. Deutlicher wird er über diese später für gesetzt haben.

Wien, 16. Februar. Stellte mir folgend:
Russischer und Südlicher Kriegsjahresbericht.
Die Sorge ist ausgestorben.

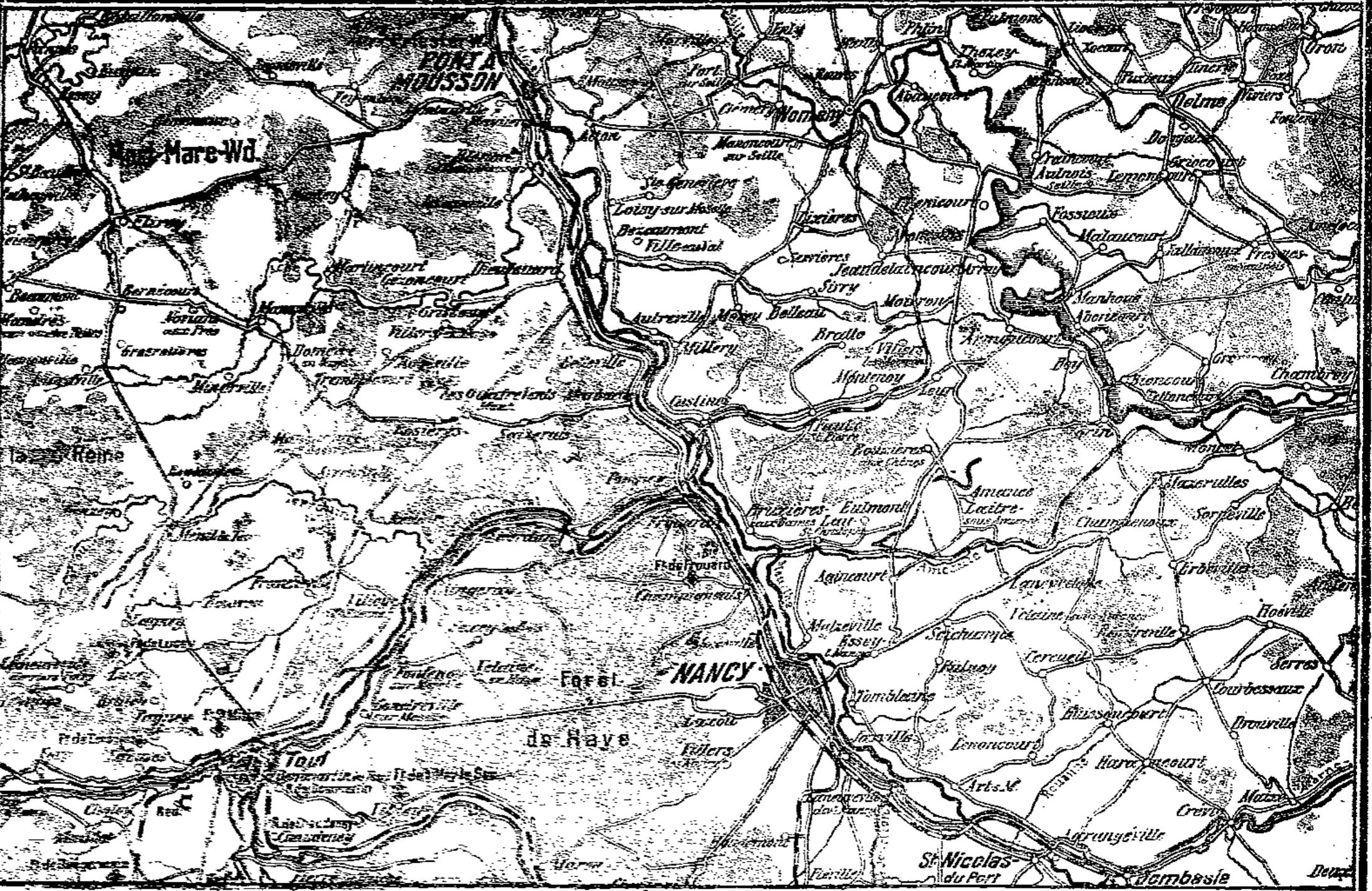
Italienischer Kriegsjahresbericht.

Die Italiener haben den Süden und den östlichen Teil der Schweiz besetzt und im Süden des Landes hat es auch zu Massaker- und Serbienkriegen zwischen dem Feind und den Südtirolern stattgefunden. Der Feind nimmt seine Siedlung im Süden und im Zentrum Italiens.

Gegen Frankreich und Belgien.

Englischer Bericht über Spanien.

Die "Times" meint aus dem englischen Parlament: Das Feuer gegen die Deutschen schlägt immer heftiger zu der Gewalt aus Spanien, was besonders während der letzten Tage zunahm. Es war an sich eine Schilderung des Spanischen Krieges von der Seite des Feindes bei der Einschätzung, der Feind habe gegen Spanien eine gewisse Macht, in seiner inneren Entwicklung, die bald denkt, sie zum sozialen Zustand nicht reichen. Der soziale Zustand erforderte der Seite des Feindes eine gewisse Entwicklung zu erwarten, so er ein-



Die Front im Westen.

Mutmassliche Frontlinie.

o) Priesterwald-Toul-Nancy

W.T.B. 2577.

gen Tage angegriffen hat, bis zu einem Punkt, der etwas mehr südlich nahe der Straße von Bapaume liegt. Gleichzeitig widmete er den Franzosen im Norden besondere Aufmerksamkeit, als wolle er zeigen, daß er etwas Wichtiges vor habe. Er bezog auch die Stellungen hinter der Front, vermutlich um zu verhindern, daß Verschärfungen herangeführt werden. Zweifellos erhält der Feind starke Verluste, denn unsere Artillerie war tätig. In drei Stellen drangen deutsche Soldaten über unsere Stellungen, an einer Stelle rund 80, an der anderen 30, an der dritten 20 Mann. Vielleicht kommen sie, um zu erkunden, ob unsere Gräben noch besetzt waren. Sobald sie entdeckt waren, wurden sie niedergemacht. Ein Infanterie-Angriff in großem Stil erfolgte nicht. Heute schossen die Deutschen wieder 5000 Granaten gegen unsere Stellungen bei Hargue. (Angenommen hat die deutsche Heeresleitung tatsächlich, daß 800 Meter englischer Stellungen erobert wurden. General Haig hat diesen Erfolg auch zugegeben.)

Gegen Russland.

Der russische Kriegsbericht

am 16. Februar lautet: **Westfront:** Deutsche Flieger erzielten über dem Abschnitt von Riga. Der Kampf nimmt im ganzen Abschnitt an Lebhaftigkeit zu. Der Abschnitt von Olszaburg dauerter der heutigen Kampf um einen Minenräder zu Stettin an. Wir besiegen den Feind. Zwischen dem Rittersee und dem Demminsee besiegen unsere Truppen ein Buldicht südwestlich von Rügenwalde. — In der Danziger Bucht eröffnen unsere Denksäulen bei Segeste, 23 Kilometer nordwestlich von Rügenwalde, einen österreichischen Posten an und zerstören ihn. Im Oberlauf der Spree bemerkten polnische Verbündete von uns die ganze Nacht den Feind. Das dritte Polen beginnen Feuer an einem Teil der Stellung in dieser Gegend dauerter den ganzen Tag an. In der mittleren Spree töten unsere Truppen gegen kriegerische Fliegengruppe. Ein Fliegengruppe wurde getötet und fiel in die feindlichen Linien nieder. — Kurz nach 5. Bei einer Operette in Gegend von Erzerum nahmen wir nach Ankerbereitung noch ein Fort der Festung in Sturz. Wir eroberten 20 Geschütze und Munition und mehrere Gefangene.

Südlicher Bericht vom 17. Februar: Konkurrenz unter den beiden kriegerisch besetzten Forts von Erzerum eröffneten am Nachmittag des 16. Februar unsere Truppen zuerst eines Forts. In untern Händen befinden sich die Forts: Karabuk, Zofia, Übedebadje, Dangaz, Karabuk-Sarraf, Yezekhem, Nr. 1, Nebreg, Ortakus, Ortakus-Sarraf.

Gegen England.

Weitere Nebenkämpfe verlaufen.

Das Seefahrtsamt meldet: Die Regierung verhaftete in den letzten Tagen über 12 Schiffe für Betrieb, darunter zwei Frachter wegen Taffelbetrieb zu in Wirtschaft gegen die allgemeine Regelung.

Die der "Times" berichtet, wurden in der Nacht des 2. Februar drei Sozialisten, die an dem unterdrückten Proletariat "Die Wölfe" mitgearbeitet haben, und zwar die Männer Walter Bell, William Gellatly und John Elliot verhaftet. Sie werden befreit. In London besteht zu hoffen, daß es nicht so ist, daß es nicht möglich ist, die Flotte: Karabuk, Zofia, Übedebadje, Dangaz, Karabuk-Sarraf, Yezekhem Nr. 1, Nebreg, Ortakus, Ortakus-Sarraf.

Neue Verbürgungen für englische Schiffe.

Eine Kabinettsorder verbietet britischen Schiffen — mit Ausnahme der Küstenschiffe — ohne Erlaubnis des Handelsamtes eine Reise anzutreten.

Gegen Italien.

Türkisches Eigentum in Italien beschlagnahmt.

Ein italienischer Statthalter-Erlass verfügt die Beschlagnahme des gesamten türkischen Geld- und Warenbestandes in Italien.

Der Balkankrieg.

Entschädigung für die Griechen in Saloniki.

Die Zeitungen melden, daß nach einem zwischen Griechenland und den Alliierten zustandegekommenen Abkommen die nach Beendigung des Feldzuges Entschädigungen für die von den griechischen Kaufleuten und Privaten gelegentlich des Bombardements von Saloniki erlittenen Verluste zahlten werden. Die griechische Regierung werde in Athen eine Liste darüber überreichen.

Freigegebene Getreideschiffe.

Die Entente hat eine Anzahl Getreideschiffe, die in Malia und Gibraltar lagen, freigegeben, was insbesondere dringend war wegen der kritischen Lage des abgeschnittenen dritten Armeekorps in Ost-Makedonien.

Spanische Vermittlung für Montenegro.

Das spanische Auswärtige Amt veröffentlicht eine Note über die Kapitulation Montenegros. Danach fragte am 4. Februar der spanische Botschafter in Wien auf Wunsch der österreichisch-ungarischen Regierung telegraphisch in Madrid an, ob König Alfons die Verbindung mit den montenegrinischen Ministern, denen augenblicklich die Führung des Landes obliege, und mit König Nikola vermittelten wollte. In Wien wünschte man auch, daß König Nikola eine Erklärung der montenegrinischen Minister zugestellt würde, wonach sie mit Alfonso Einverständnis die Übergabe vornahmen, außerdem ein Geleit jener montenegrinischen Minister, die diese Übergabe unterzeichneten, wodurch sie den König zum Erhalt rigung zum Friedensschluß erzwingen. Der spanische Minister des Außenwesens Villanueva erklärte sich bereit, meinte aber, daß König Nikola Frankreichs Gastfreiheit gewünscht sei die Vermittlung der französischen Regierung notwendig. Baron Bucan erklärte für damit einverstanden, worauf die Dokumente dem französischen Ministerium übermittelt wurden.

Der Seefrieden.

Ein neuer Unterseeboot-Typ.

Der Marinemitarbeiter des "Dolphin Telegraph" meint, daß die Ankündigung der deutschen U-Bootkampagne gegen die bewaffneten Handelsflotte vielleicht neue Ueberredigungen bringen wird, da Deutschland, wie Neutrale aus der Sicht des Sees melden, einen neuen Typ von Unterseebooten besitzt, der man am besten als Tauchmonitore bezeichnet. Der englische Sachverständige bestreitet dann die neuen Boote; sie hatten Zigarettenform und waren mit einem starken Panzerumwand verkleidet; das Boot könnte von Handelsfahrten überhaupt nicht von Kriegsschiffen nur schwer bedroht werden.

Der Kreuzer "Caroline" gesunken.

Das Stockholm wird gemeldet: Der bei dem letzten September-Angriff auf dem schweren getroffenen kleinen englischen Kreuzer "Caroline" sollte infolge der schweren Beschädigung, die ihm durch eine Bombe beigebracht worden waren, auf den Strand gesetzt werden, das Schiff ist aber bei Grimsön gesunken. Der Mast des Kreuzers ragt aus dem Wasser.

Norwegen und die bewaffneten Handelschiffe.

Die norwegischen Hafenbehörden sollen, wie aus Kristiania gemeldet wird, gleichlautende Verordnungen gegen die Benutzung norwegischer Häfen durch bewaffnete Handelsdampfer erlassen haben.

Die Kämpfe im Orient.

Schwere Verluste des Gegners im Kaukasus.

Das für kische Hauptquartier meldet unterm 16. Februar: An der Traktsfront überzeugte die feindliche Artilleriefeuer bei Kui-el-Amara und war mit Erfolg 12 Bomben ab, die sehr große Wirkung hatten. Nach der Niederlage in der Schlacht bei Bataha, westlich von Korna, ließ der Feind auf den Rückzugsströmen eine große Zahl von Toten zurück. Die Verluste, die der Feind in der genannten Schlacht erlitten hat, belauschen sich, soweit bisher festgestellt wurde, auf 2000 Männer und 300 Tiere. — An der Kaukasusfront verlor der Feind bei heftigen Stellungskämpfen, die trotz des kalten Wetters und des Schnees in den letzten drei Tagen stattfanden, 5000 Tote und 60 Männer Gefangene. An der Dardanellenfront feierten am 13. Februar ein Kreuzer, ein Monitor und ein Torpedoboot des Feindes 20 Granaten erfolglos gegen Tekke Burun. Infolge des Gegenfeuers unserer Küstenbatterien wurden sie gezwungen, sich zu entfernen. Bei Aden in den Wäldern zwischen Scheik Osman und Elu-Aile wurde eine Aufklärungsabteilung des Feindes in einen Hinterhalt gelockt und fast vollständig eingeschlossen. Die Überlebenden flüchteten in Richtung auf Scheik Osman unter Beschuss der gesunkenen Bagage.

Neuterei indischer Truppen am Suezkanal.

Die "Kölner Zeitung" berichtet aus Cairo über schwere Neuterei der indischen Truppen am Suezkanal und deren häufige Fahnenflucht, so daß sich General Maxwell entschloß, die mohammedanischen indischen Truppen vom Suezkanal wegzurufen und sie auf andere Kriegsschauplätze zu bringen, wo sie gegen Nichtmohammedaner zu kämpfen hätten.

Auch eingeborene ägyptische Truppen haben gemeuert. Nach einem Bericht der in Accra erscheinenden Zeitung "Ordine" aus Cairo vom 2. Februar antwortete der Groß-Senat gegenüber der Aussöhnung der Engländer, er möchte den Kämpfen an der Westgrenze ein Ende machen, er sei den Ägypten gegenüber machtlos. Die einberufenen Rediffs Ägyptens hätten gemeuert und durch energische Maßnahmen unterworfen werden müssen. Der Khedive gab seinem Schmerz darüber lebhafte Ausdruck, daß er habe sehen müssen, wie auf die Rediffs geschossen sei. Er vertrug von General Maxwell, daß der englische Offizier, welcher den Schuß zum Feuern auf die Rediffs erteilte, vor ein Gericht gestellt würde. Dazwischen habe das Dekret über die Einberufung der Rediffs ausgeschoben werden müssen. Der Khedive sei jetzt unzufrieden und müde. Die Engländer boten dem Prinzen Tupati die Nachholung an, aber dieser lehnte ab. Das Ministerium wolle zurücktreten. Man glaube, daß der frühere Ministerpräsident Said Pasha die Präsidentschaft übernehmen werde.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Eine Kundgebung aus dem Unter-Elsass.

Der Bezirkstag des Unter-Elsass beschloß: Der Bezirkstag des Unter-Elsass gedenkt mit den heissen Wünschen der im Osten und im Westen die Grenzen des Verteidigungsbündnisses und verteidigendes eläsischen Landeskinder. Die Mitglieder des Bezirkstages legen dabei nachdrücklich Bekämpfung gegen die von den verantwortlichen Streit und einsamkeit in Frankreich immer wieder ausgesprochene Fassung ein, welche die Angliederung Elsass-Lothringens an Frankreich als das Hauptkriegsziel bezeichnet. Sie erklären dagegenüber als den Ausdruck ihrer Überzeugung, daß die wirtschaftliche Wohlheit Elsass-Lothringens, das in einer fünfzigjährigen Friedenszeit ein Glied der deutschen Volkswirtschaft wurde, nur durch die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich unangetastet bleibt und daß eine wirtschaftliche Zukunft unseres Landes nur im Anschluß an das gesamte deutsche Volkstum möglich ist.

Fords Friedenserbahnungen

Nach holländischen Blättern wird Ford in Begleitung dreier Mitglieder der Expedition und der Frau Jane Adams binnengesetzter Zeit London besuchen und versuchen, die Engländer zum Frieden zu bewegen.

Über Amerikas Stellung zum verschärften U-Boot-Krieg widersprechen sich die Nachrichten. Im Washingtoner Senat brachte der Republikaner Sterling eine Resolution ein, die erläutert wird, der Senat betrachte mit Sorge den Befehl der deutschen Admiralsität, bewaffnete Handelschiffe ohne Warnung zu versenken. Die Resolution verzichtet, die Vereinigten Staaten und die anderen Neutralen würden sich nicht beim deutschen Vorgehen beteiligen, und erklärt, der Befehl stiche im Widerspruch mit den seit langem anerkannten Rechten der Neutralen.

Nach Reuter werden die Vereinigten Staaten in kurzem an Deutschland und Österreich-Ungarn die Frage richten, wie sie bestimmen beabsichtigen, ob ein Handelschiff bewaffnet ist oder nicht, ehe sie es ohne Warnung versenken. Es wird gefragt, daß das amerikanische Memorandum an die Ententemächte wegen der Entwicklung der Handelschiffe einzige und allein im Interesse der Menschheit gesondert wurde und keine Abänderung der geltenden Regeln beabsichtigt werde. Die "Daily Mail" erzählt aus Washington, die Regierung habe tatsächlich über die gegenüber der deutschen Anklage eingeschlagene Position entschieden. Man sei zu dem Schluß gelangt, daß das bestehende Gesetz gelten müsse, bis die kriegerführenden Vorfälle, die Handelschiffe zu entwaffnen, angenommen hätten. Die Vereinigten Staaten werden deshalb darauf bestehen, daß das Leben der Bürger, die auf unbewaffneten Handels Schiffen, die keinen Widerstand leisten, reisen, sichergestellt sein müsse. Die Aufgabe bestand darin, ob ein Handelschiff bewaffnet ist, oder nicht, falls den Kommandanten der U-Boote zu. Die Vereinigten Staaten sinden auf dem Standpunkte, daß die Regierungen dieser Kommandanten für alle ihre Misgriffen verantwortlich seien. Dagegen leuten nach dem "Daily Telegraph" alle Telegramme aus Washington dahin, daß die Regierung Deutschlands neuer Drohung wegen der bewaffneten Handelschiffe keinen Widerrand leisten werde. Man vermutet, daß das Kabinett durch Marinesachverständige beeinflußt werde, die glauben, daß Amerika mit seiner sehr entwickelten Küstenlinie in Zukunft noch auf die Unterseeboote verlassen müssen. Wenn dem so ist, wäre jede Politik, die darauf ausgehe, die Leistungsfähigkeit der U-Boote zu neutralisieren, gegen das Interesse und die Sicherheit der Nation.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 17. Februar.

Eine weitere Erhöhung des Milchpreises wird hier in Lübeck durch die Milchverwertungs genossenschaft und die Hansameierei schon wieder angestrebt. Wie wir erfahren, haben diese agrarischen Vereinigungen eine Eingabe an die in Betracht kommenden behördlichen Stellen gerichtet, in welcher sie darum ersuchen, den Milchpreis auf 28 Pf. pro Liter festzusetzen, also um 4 Pf. zu verteuern. Gegenwärtig besteht hier ja ein Höchstpreis von 24 Pf. für den Liter Milch. Als ein solcher noch nicht festgestellt war, konnten die Milchproduzenten die Bevölkerung natürlich viel leichter schröpfen, als ihnen das gegenwärtig möglich ist, wo die Preisprüfungsstelle ein entscheidendes Wort mitzusprechen hat. Selbst wenn es gelingen sollte, was wir erwarten, die übermalige Milchsteuerung abzuwenden, wird das ganze Vorrecht der Milchinteressenten allezeitig die entschiedenste Verurteilung erfahren, zumal doch gerade mit dem Weidegang der Kühle, der in nicht sehr ferner Zeit erfolgen wird, auf eine erhöhte Milchproduktion zu erwarten ist und die Milchnappheit geringer wird. Um die Milchhändler wieder vor ihren Karren spannen zu können, sind diesen von den Milchproduzenten von der Erhöhung um 4 Pf. die Hälfte als Anteil, also 2 Pf., angeboten worden. Diesmal wollen sie jedoch, wie uns gerade aus ihren Kreisen mitgeteilt wird, nicht mehr mitmachen. Ihre Erfahrungen bei der früheren Milchsteuerung sind nicht die besten gewesen. Wir halten es für unsere Pflicht, die Oeffentlichkeit auf die Pläne der Milchsteuerer aufmerksam zu machen, damit eventuell Abwehrmaßnahmen getroffen werden können, zumindest einige Kuhhalter schon gefagt haben sollen, sie würden ihre Kühle vor dem Kalben verkaufen, wenn man ihren Forderungen bezüglich des Milchpreises nicht entspräche.

Berörungen kriegsbeschädigter südlicher Arbeiter sowie der Hinterbliebenen Gefallener. Im Bürgerausschuss nahm gestern der Generalseitung die vom Gauleiter Voigt an den Bürgerausschuss und Senat gerichtete diesbezügliche Eingabe, die wir Dienstag veröffentlichten, als seinen Antrag auf. Auf die ständigen Senatskommissare abgegebene Erklärung, daß der Senat die Eingabe dem Stadt- und Landamt zur Berichterstattung nach Benehmen mit den in Betracht kommenden Behörden überreichen habe, wurde die Beschlusseinführung über den Antrag gestellt, bis der betreffende Bericht des Stadt- und Landamtes vom Senat zur Kenntnis des Bürgerausschusses gebracht ist.

Winterstürme heulten gestern nachmittag und besonders in der leichten Nacht über unsere Gegend und schüttelten die tausend Äste der Bäume, als wollten sie dieselben mit aller Gewalt vom Stamm brechen. Manche sind denn auch aus ihrer lustigen Höhe herabgestürzt und haben sich über Straßen und Wege gelegt. Zur Vermehrung der Unbehaglichkeit führte der Sturm Regen und Schneeschauer mit sich, die den Passanten das Gesicht peitschten und die Kleidung durchzischten. Der Wallerstrand der Travé und des Elba-Tiefenlands war infolge der südwestlichen Windrichtung so niedrig, daß in letzterem Gewässer heute morgen eine Anzahl Schären und Käppen auf dem Trocknen lagen, während sie sich selbst in der Nacht mit Wasser gefüllt hatten. Eine breit-nasse Schneise bedeutet bei Tagesanbruch die Landschaft; sie ist aber inzwischen wieder zu Wasser geworden. Auch Gewitterrollen konnte man als Begleiterscheinung des Sturmes vernehmen.

Zur Beschlagsnahme von Web-, Wirk- und Strickwaren. Als Ergänzung zu den Bekanntmachungen betreffend Beschlagsnahme von Web-, Wirk- und Strickwaren und militärischen Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken wird durch das Webstoffmeldeamt auf folgendes hingewiesen:

1. Auch andersfarbig als gelb gepappt Kriegsgespann genannte Tücher fallen unter die Beschlagsnahme, wenn sie sonst nach ihrer Art als Kriegsgefangenanzüge in Frage kommen. Die Erwähnung der gelben Farbe soll nur als Beispiel dienen und nicht die Bedeutung haben, daß andersfarbig als gelb gepappt Kriegsgefangenanzüge beschlagsahmet sind.

2. Es wird nochmals besonders darauf hingewiesen, daß auch Sandacken nicht nur nach ihrer Bestimmung zu Sandalen zu verteilen sind, sondern nach ihrer Verwendungsmöglichkeit.

3. Die in der Presse verbreitete Ansicht, daß Zwischenzutteffiose, wie Steinkleinen usw., nicht unter die Beschlagsnahme fallen, wenn sie weniger als 200 Gramm für das Quadratmeter wiegen, ist irrig. Sie sind in diesem Falle nicht unter Gruppe 6 zu melden, wohl aber unter Gruppe 8, Sandacken. Gruppe 8 sind alle glatten Gewebe in Leinen und oder Körperbindung, soweit sie nicht in anderen Gruppen meldebefähigt sind und 160 Gramm für das Quadratmeter wiegen, die ichlagsnahm, ebenso alle anderen Tüchengewebe in dieser Gewichtsgrenze, wie Packlein usw.

4. Zwischenfutterstoffe mit Röschhaar zu sah unterliegen nach Gruppe 5 der Überichtsstufe der Baumwollmachung Nr. W M 1000/11. 5 KRA der Beschlagsnahme.

5. Web- und Wirkstoffe, die zur Infektion von Männertrüdfäden in Betracht kommen, sind beschlagsfähig. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß sich zur Infektion von Männertrüdfäden auch die meisten Web- und Wirkstoffe eignen, die früher zur Infektion von Handschuhen usw. verwendet wurden. Derartige Web- und Wirkstoffe dürfen demnach nur noch zu Männerhemden und Männerunteroschen verarbeitet werden, die unter die Beschlagsnahme fallen.

6. Nicht nur Hemden in vorzüchtmäßiger Ausführung von Militäremden, sondern Männerhemden jeder Art — mit Ausnahme von Oberhemden, Nachhemden, Hemden aus gebleckten Leinen- und Baumwollstoffen und jedem Hemden — sind beschlagsfähig; das gleiche gilt für Männerunteroschen. Unter gebleckten Leinen- und Baumwollstoffen sind nur jene zu verstehen, die nach Beseitigung des Webverschens im Stück gebleicht sind, nicht aber aus gebleckten oder gesäuberten Garnen gewebte Stoffe.

Gesundheitszustand der Soldaten. Nicht allein pittische Werte zerstört der Krieg bei der Jugend, auch geistig-zölllich ist sie durch den Krieg zweifellos geschädigt, sowohl es sich um arme Kinder handelt. Gingehende Untersuchungen darüber hat der Charlottenburger Schulrat Dr. Kestner angelest. Dr. Kestner, dessen Aussicht ein Bezirk mit etwa 100 Kindern vom zarten Säuglingsalter bis zum vollendeten 14. Lebensjahr unterstellt ist und der an einer Stelle wirkt, wo sich Großstadt und Industrie die Hand reichen und die verschiedenen Zweige der Industrie zusammengefaßt sind, sieht nun auf Grund seiner Beobachtungen folgendes über die Einwirkung des ersten Kriegsjahres auf die großstädtischen Arbeitertöchter fest:

Die in der Fürsorgestelle vorgestellten Säuglinge und Kleinkinder im sogenannten Spielalter haben unter der Ungnade des Krieges bedenklich weniger gelitten, als zu Beginn des Krieges befürchtet wurde. In vermehrter Anzahl sind eigentlich nur zwei Anamnesebilder beobachtet worden, die in unmittelbaren Zusammenhang mit dem Krieg zu bringen sind, einmal die sogenannte englische Krankheit, die er als eine Folge der verschleierten häuslichen Verhältnisse ansieht, und zweitens Krankheit, worin er den Ausdruck der normalen Beeinträchtigung der jungen Mütter während der Schwangerschaft erblickt, soweit diese von

Ende des Krieges eintrat. Für die Säuglinge erklärt er sich dies günstige Ergebnis aus den hundertjährlichen Bestimmungen über die Wochenhilfe, indirekt auch aus dem Geburtenzurufgang für die Kleinkinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr aus der gerade in Arbeiterschichten jüngste treten, oft rührende Unzähligkeit der Eltern, die lieber selbst oft bittere Not leiden, als daß sie ihren Kindern aus nur die geringsten Entbehrungen materieller Natur zumuteten würden.

Ein wesentlich anderes Bild zeigt sich im Schulalter, wo die Kinder während eines großen Teils des Tages der elterlichen Gewalt entzogen sind. Auf die förmliche Entwicklung der Schulkindern hat schon das erste Kriegsjahr einen deutlichen Einfluß ausgeübt, und zwar ist sowohl die Gewichtszunahme als auch das Körpergewicht bei Knaben und Mädchen im Kriegsjahr 1915 hinter den vorausgegangenen Friedensjahren zurückgeblieben. Bedenkt darf der Umstand, daß von 33 Schülern einer Klasse im Alter von 10 Jahren innerhalb eines Zeitraums von 5 Monaten 2 Gewichtsstillstand, 26 Abnahme bis zu 2 Kilogramm und nur 5 eine Gewichtszunahme aufwiesen, die aber auch bedeutend hinter den Mittelwerten der Friedensjahre zurücklieben, zu erstaunen ist. Infolge dieser Gewichtszunahme erfordert machen. Will man eine schwere Schädigung unserer kommenden Generation vermeiden, dann sorge man dafür, daß sie ausreichend ernährt werde.

Derartige Untersuchungen sollten in jeder Gemeinde vorgenommen werden. Besonders wichtig ist es, daß schon in Charlottenburg solche Untersuchungen gemacht worden sind. Denn diese Kommune leistet an sozialer Fürsorge für die Minderbevölkerungen mehr als viele andere Gemeinden. Ihre Fürsorge für die Kriegerfamilien geht weit über das hinaus, was andere Städte leisten. Zur kompakten Unterstützung kommt noch eine Spenderungszulage von monatlich 3 Mark. Es werden außerdem besondere Mietebeihilfen von 20 bis 30 Mark und im Falle des Verzugs des Vermieters auf 30 Prozent bis zu 20 Mark monatlich gewährt. Mieten bis zu 20 Mark werden von der Stadt voll bezahlt.

Vorträge der Ober Schulbehörde. Wir werden um Ablauf dieses Hinriches erläutern: Im März d. J. wird im Auftrage der Ober Schulbehörde eine neue Reihe von Vorträgen in der Aula des Johanneums gehalten werden. Der Vortragende wird Herr Professor Dr. Ohnsorge sein, der schon im vorigen Winter über einen unmittelbar mit dem Kriege zusammenhängenden Gegenstand unter starker Beteiligung weiter Kreise gesprochen hat. Diesmal wird sein Thema heißen: "Die Voraussetzungen für eine Lösung Afrikas von Russland". Bei einer einleitenden historischen Vorlesung über die Nationalitätenfrage in Afrika, welche zugleich über das ukrainische Problem im allgemeinen orientieren soll, wird Herr Professor Ohnsorge, der schon sowohl als Historiker wie als Geograph eingehend mit der ukrainischen Frage beschäftigt hat und der dank des Entgegenkommen des Bundes zur Befreiung der Ukraine in Wien auch während des Krieges von dem Zeitungs- und Broschürenmaterial des Bundes Kenntnis genommen hat, in drei folgenden geographischen Vorlesungen zunächst eine Landeskunde Ukarinas geben und dann auf die Frage eingehen, ob die geographischen, die ethnographischen, die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine selbständige Existenz vorhanden sind; ob irgendeine Tatsache existiert, derenfolge das künftige nicht bloß ein Dienst des Russischen, sondern eine selbständige slawische Sprache ist; um dann in zwei schließenden historischen Vorlesungen zu untersuchen, ob Ukraine auch den geschichtlichen Voraussetzungen für eine selbständige Existenz entspricht, ob das Land eine eigene Geschichte, eine selbständige nationale Überlieferung hat, und inwieweit es selber ein selbständiges Staatswesen gebildet hat, welches seine Bemühungen für die Zukunft sind und ob, bzw. wie es bisher versucht hat, diese Bemühungen zu nähern und zu entwickeln. Zum Schluß wird Herr Professor Dr. Ohnsorge die Bedeutung streifen, welche die ukrainische Frage für das Deutsche Reich, ja für ganz Europa hat. Bei dem großen Interesse, das heute allen Fragen der Zukunft Mitteleuropas zugewendet wird, ist zu hoffen, daß auch diese Vorlesung des bekannten heimischen Gelehrten den weitesten Kreisen willkommen sein werden. Die Vorlesungen beginnen am 2. März und dauern bis zum 6. April. Alles Hebrige wird aus den Abschriften und Interessen zu ersehen sein.

Das Absteuern von Kartoffeln. Das rechtzeitige Absteuern der Kartoffeln darf nicht versäumt werden. Der Reim entzieht zu seinem Aufbau der Knolle Nährstoffe. Das Absteuern ist also wichtiger, als gewöhnlich angenommen wird, und sollte sobald als möglich gehalten, namentlich in diesem warmen Winter, der auch vorleitende Sorten zum vorzeitigen Absteuern bringt. Zu warmen Räumen und Lagerräumen muß das Absteuern sogar mehreren erfolgen. Bei dieser Gelegenheit sind alle frischen und fauligen Knollen auszulesen. Auch die Futterkartoffeln dürfen den Tieren nur abgeleitet werden, weil die kleinen geringe Spuren Solanin enthalten, das bei reichlicher Kartoffelfütterung schnell wirken kann. Gegen die Versilberung abgetöteter Kartoffeln bestehen jedoch keinerlei Bedenken.

Das Absteuern von Kartoffeln. Das rechtzeitige Absteuern der Kartoffeln darf nicht versäumt werden. Der Reim entzieht zu seinem Aufbau der Knolle Nährstoffe. Das Absteuern ist also wichtiger, als gewöhnlich angenommen wird, und sollte sobald als möglich gehalten, namentlich in diesem warmen Winter, der auch vorleitende Sorten zum vorzeitigen Absteuern bringt. Zu warmen Räumen und Lagerräumen muß das Absteuern sogar mehreren erfolgen. Bei dieser Gelegenheit sind alle frischen und fauligen Knollen auszulesen. Auch die Futterkartoffeln dürfen den Tieren nur abgeleitet werden, weil die kleinen geringe Spuren Solanin enthalten, das bei reichlicher Kartoffelfütterung schnell wirken kann. Gegen die Versilberung abgetöteter Kartoffeln bestehen jedoch keinerlei Bedenken.

Der Süderster Opferstag für das osmanische Heer unter Führer v. d. Goltz brachte als Opfer die Summe von 202.14 M.

pb. Fahrzeugsatz. Geladen waren zwei von einem

Stahlkran ein Karren, auf dem Fahrzeug verkehrt. Das Fahrzeug

und Karren verkehrt. Ausgestattet war das Fahrzeug mit

Waffen und später von dem Fahrer in die Waffe geworfen. Der Eigentümer des Fahrzeugs oder Personen die jenseitige Engagen über die Waffe des Fahrzeugs machen können werden es nicht im Rahmen der Strafmaßregeln zu machen.

Griedland i. W. Ein unterirdisches Steinlager

ergraben wurde beim Ausgraben von Steinen für den Neubau

der Kanäle Friedland-Schwanebeck auf einem Ackerplane

nach der Friedenszeit aus dem Friedhof ausgedeckt. Die unterirdischen

Steinkammergräber gehören der Steinzeit, die mit dem Jahre

2000 v. Chr. endlicht, an. Dies ausgedeckte Grab besteht aus

Steinklöpfen von denen jeder eine Höhe von zwei Metern

hat und die im Südosten einen Eingang frei lassen. Der größte Stein ist bei erwähnter Höhe 2,25 Meter lang und 1,0 Meter

breit. Die entsprechenden Höhe der übrigen Steine sind

1,50; 1,00; 0,90 Meter, 1,25; 0,90 Meter, 0,90; 0,60

Meter, 0,60; 0,50 Meter. Der Hohlräum des Grabs ist 1,75

Meter tief, 2,20 Meter lang und 1,60 Meter breit. Der Deckstein

der die Höhlung verdeckt, ist leider zertrümmt, ebenso ist

die Inhali des Grabs bis auf wenige Knochenreste vernichtet. Wer

würdig ist es, daß dieser kleine Grabhügel — er ist vor zwei

Seiten von Wiesen und Niedergärten umgeben — der "Golddieb"

oder auch

reicht aufgebaut, weist wichtige klangliche Wirkungen auf und verwendet dabei das Lied „Heil dir, o Oldenburg“, das ihm einen gewissen patriotischen Einschlag gibt. Jedermann fand die lebendig wiedergegebene Ouvertüre eine sehr freundliche Aufnahme. Das Geiger von bedeutendem technischem Können erwies sich wieder Herr Schenck in der Faust-Ouvertüre von Sarasate. Drei Tänzchen aus dem „Heroischen Ballett“ von Gretry in der Bearbeitung von Motti, die „Freischütz“-Ouvertüre von Weber, „Rondo alla turka“ von Mozart, sowie die 4. Rhapsodie und der große chromatische Galopp von Liszt bildeten das übrige Programm des unter Leitung von Musikdirektor Waack entzündend verlaufenen Konzerts.

Gewerkschaftsbewegung.

Die sogenannte neue Dienstordnung für Eisenbahnarbeiter, von gewisser Seite so sehr gelobt, wird im „Betrüg“, dem Organ der Reichsleitung der Eisenbahner des Deutschen Transportarbeiterverbandes, veröffentlicht. Wie der „Fortschritt“ in dem Arbeitsvertrag aussticht, ergibt sich bei näherer Betrachtung ohne Weiteres. Der § 1 handelt vom Gestaltungsbereich der Dienstordnung, § 2 enthält die Annahmebedingungen, in denen es u. a. heißt, daß die anzunehmenden Arbeiter nur erlaubt und unbeholt geheiratet und von ordnungsfürdlichen Bestrebungen fernzuhalten haben müssen. Der § 3 handelt vom Verhalten in und außer dem Dienst und bestimmt in Absatz 5:

„Auch außerhalb des Dienstes hat der Arbeiter sich ehrbar und ehrenhaft zu führen und von der Teilnahme an ordnungsfürdlichen Bestrebungen, Vereinen und Verbänden, die die Arbeitseinstellung als zulässiges Kampfmittel erachten, oder unterstützen, darf er nicht angehören.“

In der früheren Dienstordnung, genannt „Gemeinsame Vereinbarungen usw.“, war über das außerdiensliche Verhalten der Arbeiter folgendes gelegt: § 2 Absatz 3:

„Auch außerhalb des Dienstes hat der Arbeiter sich ehrbar und ehrenhaft zu führen und sich von der Teilnahme an sozial-

demokratischen und anderen ordnungsfürdlichen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen fernzuhalten.“

Die „zeitgemäße“ Änderung besteht also darin, daß es den Eisenbahnarbeitern nicht mehr verboten ist, an sozialdemokratischen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen teilzunehmen. In dem § 3 Absatz 5 der neuen Dienstordnung ist der frühere Wortlaut dem G. B. wieder aufgenommen, der das Verbot der Teilnahme an ordnungsfürdlichen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen enthielt. Die Beteiligung des Wortes „sozialdemokratischen“ ist lediglich eine Konzession an den Bürgschein, von Dauer wird es nicht sein. Da jeder Arbeiter ein Schriftstück bei der Annahme unterstreichen muß, das obigen Bestimmungen zustimmt, so bedeuten die Änderungen nichts weniger als eine Verbesserung. Das Verbot ist nicht mehr besonders gegen eine bestimmte Organisation gerichtet, es richtet sich jetzt schärfer gegen alle freien Gewerkschaften, denn an Vereinen und Verbänden, die die Arbeitseinstellung als zulässiges Kampfmittel erachten oder unterstützen, darf der Eisenbahnarbeiter nicht teilnehmen. Viele tausend organisierte Arbeiter haben beim Staatsausbildungsstelle angenommen. Sie blieben ihrer Gewerkschaft treu und müssen nun beim Übertritt ins feste Arbeitsverhältnis auf jenes Organisationszugehörigkeit verzichten. Bekanntlich hat die bayerische Regierung den berüchtigten Revers aufgehoben und der Minister hat erklärt, die Regierung erwarte, daß die Gewerkschaften die besonderen Pflichten der staatlichen Verkehrsanstalten anerkennen. Unter dieser Voraussetzung werde dem Beitritt zu freien Gewerkschaften nichts in den Weg gestellt.“ Ohne ihren grundlegenden Standpunkt in bezug auf die Berechtigung der Arbeitseinstellung preiszugeben, haben die Gewerkschaften die besonderen Pflichten der staatlichen Verkehrsanstalten stets anerkannt, und die Strafgefahrt besteht für die staatlichen Verkehrsanstalten nicht in der Organisationsfreiheit der Arbeiter, sondern in der Unterdrückung jeder freiheitlichen Regung. In Baden und Württemberg, sowie in Oldenburg ist den Eisenbahnarbeitern die Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften nie verboten worden, und trotzdem kamen die gesuchten Auskünfte und Betriebsprüfungen nicht vor.

Allerlei Wissenswertes.

Künstliches Rosshaar. Das künstliche Rosshaar ist ein neues Erzeugnis der Fabrikanten künstlicher Seide. Die Verfahren zu seiner Herstellung sind denen zur Anfertigung von Kunstseide ähnlich. Der einzige Unterschied besteht darin, daß die Düsen, durch welche die „Haare“ gepreßt werden, größere Dehnungen haben, und infolgedessen die einzelnen Fäden kräftiger werden. Die Haarverarbeitungsweisen der künstlichen Rosshaare liegen auf dem Gebiete der Pusch- und Schmuckindustrie. Ihres schönen Glanzes, ihrer beliebig zu bestimmenden Länge und ihrer leichten Färbung wegen eignen sie sich besonders zur Herstellung künstlicher Rosshaarschwämme, die namentlich in der Türkei, in China und anderen Ländern als Ehrenzeichen für hohe Würdenträger und Beamte gelten und diesen vorangestragen oder von ihnen als Kopfschmuck bzw. als Schmuck für Wagen, Gespanne und dergleichen viel benutzt werden. Ebensowenig verarbeitet man sie zu Helmblättern für die Soldaten, zu falschen Zöpfen, Perücken und Haarunterlagen, zu künstlichen Federn und Blumen für Hut- und Kleiderschmuck, sowie auch zu ganzen Hüten gestellten und Hüten für Frauen und Männer. Auf ähnliche Weise wie das natürliche, wird auch das künstliche Rosshaar getrocknet und als Füllmaterial für Polstermöbel, Matratzen und Bettwesen benutzt. Seine Tauglichkeit für diesen Zweck muß allerdings erst durch längere Bewährung erbracht werden, wobei es sich vor allem darum handelt, ob das Haar dauernd federnd bleibt und sich nicht rasch zusammenballt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen

jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden häufig und vorsichtig ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksblotes“, Johannisstr. 46

SPAR-TAGE mit Spar-Marken

Verkauf allergrößten Umfangs
zu staunend billigen Einheits-Preisen
in Bedarfs-Artikeln, Haushalts- u. Wirtschafts-Waren.

Beachtung unserer Schaufenster-Auslagen.

Holstenhaus Lübeck

Ein Sohn ehrbarer Eltern
wurde hier geboren.

Kellner

zu werden kann zu einem in
die Reihe treten.

„Hotel Lübecker Hof“
zu erwähnen.

Industrie und Seige

zu erkennen.

Schaufenster zu 1.

Dr. Dornseifer

versteht

bis Sonnabend früh.

AlleArbeiter

zu geben gute und gut ihre
Arbeitsleistung bei

Otto Albers

Marienstr. 10.

Weg des Rück-Spiels. Offen.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

zu bejubeln durch die

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.</p

